

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	17
A. Einleitung.....	23
I. Anlass der Untersuchung.....	23
1. Ausgangssituation: Das prozessuale Rechtsgeschäft zwischen Gläubiger und Personengesellschaft .....	23
2. Die subjektive Reichweite prozessualer Rechtsgeschäfte bei Personengesellschaften – Ein ebenso dogmatisches wie praxisrelevantes Problem.....	25
a) Die Akzessorietät der Gesellschafterhaftung als Ausgangspunkt der Betrachtung.....	26
b) Systematisierender Einbezug weiterer akzessorischer Erscheinungsformen.....	27
c) Das Ausmaß der Problematik.....	28
d) Die Bedeutung für die Verfahrenspraxis.....	30
II. Gang der Untersuchung .....	32
B. Prorogation, Erfüllungsortvereinbarung und Schiedsvereinbarung – Die Vertragsfreiheit im Prozessrechtsverhältnis .....	35
I. Das Prinzip der Vertragsfreiheit als Grundpfeiler geltenden Rechts .....	35
II. Die Prorogation.....	36
1. Rechtsfolge .....	37
2. Prorogationsbefugter Personenkreis .....	37
a) Der Wille des historischen Gesetzgebers .....	37
b) Die Kaufmannseigenschaft der Personengesellschaften .....	39
3. Übrige Wirksamkeitsvoraussetzungen .....	40
III. Die Erfüllungsortvereinbarung .....	40
1. Die Bestimmung des prozessuellen Erfüllungsortes – Ein Konflikt mit den Wertungen des § 38 Abs. 1 ZPO? .....	40
2. Der Streit um den Regelungsgehalt von § 29 Abs. 2 ZPO .....	41
3. Stellungnahme .....	42
IV. Die Schiedsvereinbarung .....	43
1. Rechtsfolge .....	44

2.	Formwirksame Vereinbarung .....	44
3.	Weitere Tatbestandsvoraussetzungen einer Schiedsvereinbarung .....	46
C.	Die subjektive Reichweite prozessualer Rechtsgeschäfte – Ein Überblick über den Stand von Rechtsprechung und Schrifttum.....	49
I.	Der Stand der Rechtsprechung .....	49
1.	Höchstrichterliche BGH-Entscheidungen .....	50
a)	BGH, Urteil vom 8.7.1981 – Az.: VIII ZR 256/80 – .....	50
b)	BGH, Urteil vom 12.11.1990 – Az.: II ZR 249/89 – .....	51
c)	BGH, Beschluss vom 9.3.2023 – Az.: I ZB 33/22 – .....	53
2.	Weitere (ober-)gerichtliche Entscheidungen.....	55
a)	OLG Hamburg, Urteil vom 27.5.1919 – Az.: Bs. III 370/16 – .....	55
b)	OLG Köln, Urteil vom 9.11.1960 – Az.: 2U 65/60 – .....	56
c)	LG Berlin, Beschluss vom 13.8.1964 – Az.: 81 OH 2/64 –.....	57
d)	BayObLG, Beschluss vom 13.11.2003 – Az.: 4 Z SchH 08/03 – .....	57
II.	Der Stand im juristischen Schrifttum .....	59
III.	Fazit zum Stand von Rechtsprechung und Schrifttum .....	60
D.	Die subjektive Bindung prozessualer Rechtsgeschäfte infolge akzessorischer Haftung – Eine sachwidrige Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem?... 63	
I.	Die Akzessorietät als argumentativer Ausgangspunkt für die Bindung der OHG-Gesellschafter.....	64
1.	Die Regelungslücke in der ZPO .....	64
2.	Die Grundlagen der Gesellschafterhaftung – Rechtsnatur, Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolge .....	65
a)	Rechtsnatur der Gesellschafterhaftung.....	65
b)	Haftungsvoraussetzungen und Rechtsfolgen .....	66
3.	Die Akzessorietät als gesetzliches Strukturprinzip der Gesellschafterhaftung.....	67
a)	Historischer Rückblick .....	67
aa)	Die Akzessorietät im römischen Recht.....	67
bb)	Fazit der historischen Rückschau.....	70
b)	Die Facetten der Akzessorietät im Detail.....	71
aa)	Entstehungsakzessorietät .....	71

bb)	Umfangsakzessorietät .....	72
cc)	Durchsetzungs- und Erlöschenakzessorietät .....	72
dd)	Zwischenfazit zur Akzessorietät der Gesellschafterhaftung.....	74
4.	Die Facetten der Akzessorietät bei den übrigen akzessorischen Erscheinungsformen .....	74
a)	Die Ausprägungen der Akzessorietät bei der Bürgenschuld.....	74
aa)	Entstehungsakzessorietät .....	74
bb)	Umfangs- und Erlöschenakzessorietät .....	75
cc)	Durchsetzungsakzessorietät .....	75
dd)	Zwischenfazit zur Akzessorietät der Bürgenschuld.....	76
b)	Die Ausprägungen der Akzessorietät bei der Hypothek und dem Pfandrecht.....	77
aa)	Entstehungsakzessorietät .....	77
bb)	Umfangs- und Erlöschenakzessorietät .....	77
cc)	Durchsetzungsakzessorietät .....	77
dd)	Zwischenfazit zur Akzessorietät der Hypothek und dem Pfandrecht....	78
5.	Folgerungen für die subjektive Reichweite prozessualer Rechtsgeschäfte – Die Suche nach sachlichen Differenzierungskriterien .....	78
a)	Sicherungszweck zu Gunsten des Gläubigers versus Schutz des Sicherungsgebers: Die unterschiedliche Ausprägung bei den akzessorischen Erscheinungsformen als Differenzierungskriterium?.....	79
aa)	Der Sicherungszweck der akzessorischen Haftung .....	79
bb)	Das Schutzbedürfnis des Sicherungsgebers.....	80
cc)	Das Verhältnis von Sicherungszweck und Schutzbedürfnis bei den jeweiligen akzessorischen Erscheinungsformen.....	81
dd)	Das Verhältnis von Sicherungszweck und Schutzbedürfnis in Fällen der rechtsgeschäftlich ausgestalteten Akzessorietät .....	82
(1)	Die Höchstbetragbürgschaft und Höchstbetragshypothek.....	83
(2)	Die Bürgschaft auf erstes Anfordern .....	83
ee)	Zwischenfazit: Erste Folgerungen für die Frage der subjektiven Bindung prozessualer Rechtsgeschäfte infolge akzessorischer Haftung .....	84
b)	Erkenntnisse aus dem Inhalt der Gesellschafterhaftung .....	86

aa)	Der Seitenblick zum Haftungsinhalt bei den übrigen akzessorischen Erscheinungsformen.....	86
bb)	Erfüllungs- versus Haftungstheorie .....	87
(1)	Haftungstheorie.....	88
(2)	Erfüllungstheorie .....	88
(3)	Der Stand der Rechtsprechung .....	88
(a)	Die reichsgerichtliche Rechtsprechung .....	89
(b)	Die Rechtsprechung des BGH.....	89
(c)	Die Grenzen der Erfüllungstheorie.....	92
cc)	Zwischenfazit: Folgerungen aus dem Inhalt der Haftung der akzessorischen Sicherungsgeber .....	94
c)	Das Kriterium der Teildentität als Differenzierungsmerkmal .....	95
aa)	Die unternehmerische Leitungs- und Entscheidungskompetenz der Gesellschafter.....	96
bb)	Der Seitenblick zu den übrigen akzessorischen Erscheinungsformen....	97
cc)	Zwischenfazit: Folgerung aus der weitreichenden Handlungsbefugnis der geschäftsführungsbefugten Gesellschafter.....	98
d)	Lehren aus dem prozessualen Einwendungsregime des § 128 Abs. 1 HGB.....	99
aa)	Der Zweck der materiellen Rechtskraft .....	101
bb)	Der prozessuale Repräsentationsgedanke als Rechtfertigungsgrund für die Rechtskrafterstreckung auf den Gesellschafter .....	103
(1)	Das gehörsubstiuierende Prozessieren des organisch handelnden Gesellschaftsvertreters für seine Mitgesellschafter.....	103
(2)	Die Grundvoraussetzungen der prozessualen Repräsentation.....	104
(3)	Die Anwendung des Repräsentationsgedankens auf den Organvertreter der Gesellschaft.....	105
(4)	Die subjektive Rechtskraftwirkung des Schiedsspruchs .....	108
cc)	Zwischenfazit zum Repräsentationsgedanken und den Folgerungen für die subjektive Reichweite prozessualer Rechtsgeschäfte .....	109
dd)	(Keine) Übertragbarkeit des prozessualen Repräsentationsgedankens auf die Sicherungsgeber der übrigen akzessorischen Erscheinungsformen?.....	110
ee)	Die Vereinbarkeit der ex lege-Erstreckung mit § 129 Abs. 2 HGB ....	111

e)	Die Einrede der Vorausklage im Bürgschaftsrecht .....	114
6.	Fazit zu der Suche nach geeigneten Differenzierungskriterien.....	114
II.	Die Bindungsfreiheit des Kommanditisten.....	116
1.	Die Ausprägungen der Akzessorietät bei der Kommanditistenhaftung .....	117
a)	Die summenmäßig beschränkte Außenhaftung.....	117
b)	Die Facetten der Akzessorietät im Detail.....	118
2.	Parallelen in der Haftungsausgestaltung der übrigen akzessorischen Erscheinungsformen .....	119
3.	Der Inhalt der Kommanditistenhaftung.....	120
4.	Das Kriterium der Teilidentität .....	121
a)	Die (fehlende) unternehmerische Leitungs- und Entscheidungskompetenz des Kommanditisten .....	122
b)	Der Seitenblick zur Publikumsgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Publikums-KG .....	122
c)	Der prozessuale Repräsentationsgedanke .....	124
5.	Fazit zur Bindungsfreiheit des Kommanditisten .....	125
III.	Der Missbrauchseinwand nach § 242 BGB als Anknüpfungspunkt für eine ausnahmsweise automatische Bindung von Komplementär und Kommanditist.....	125
1.	Die automatische Bindung des persönlich haftenden Gesellschafters .....	126
2.	Die automatische Bindung des geschäftsführungsbefugten Kommanditisten.....	127
IV.	Methodenehrlichkeit – Tauglichkeit der Akzessorietätslösung?.....	129
1.	Die Gerichtsstands- oder Schiedsbindung als bloße Modalitäten der Gesellschaftsschuld .....	130
2.	Der Einwand der Prozessökonomie als Hilfsargument des BGH und zugleich Bestätigung der Nicht-Tauglichkeit der Akzessorietätslösung (?)... <td>133</td>	133
3.	Die Lösung der Bindungsfrage auf dem Abwägungswege .....	133
a)	Der Seitenblick zur Regelungslage bei der Singulärskizzen .....	134
aa)	Die Ansätze der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	136
bb)	Die Gesamtanalogie aus den §§ 398 Satz 2, 401 Abs. 1, 404 BGB als Lösungsansatz .....	137
(1)	Erkenntnisse aus § 401 BGB .....	138

(2)	Erkenntnisse aus § 404 BGB .....	140
cc)	Fazit zur Begründung der prozessualen Bindungswirkung über die Gesamtanalogie aus den §§ 398 Satz 2, 401 Abs. 1, 404 BGB .....	140
b)	Die Lösung der Bindungsfrage auf dem Abwägungswege: Lehren aus den rechtlichen Besonderheiten der Prozessverträge .....	142
aa)	Die (Nicht-)Kaufmannseigenschaft der Gesellschafter und deren Auswirkung auf die Frage der subjektiven Reichweite einer Gerichtsstandsvereinbarung .....	143
(1)	Der Wandel der Zeit – vom Einzelkaufmann zur GmbH & Co. KG.....	143
(2)	Der aktuelle Meinungsstand .....	144
(3)	Die Erforderlichkeit des Betreibens eines Handelsgewerbes .....	145
(a)	Grammatikalische Auslegung .....	145
(b)	Systematische Auslegung .....	148
(c)	Teleologische Auslegung .....	153
(d)	Handelsrechtliche Systemüberlegungen.....	154
(aa)	Besprechung der Leitentscheidung des BGH vom 2.6.1966 – Az.: VII ZR 292/64 – .....	155
(aaa)	Die Außenrepräsentation der Personengesellschafter .....	157
(bbb)	Die unternehmerische Risikotragungslast .....	158
(ccc)	Erkenntnisse aus der Kernvorschrift § 126 HGB.....	162
(ddd)	Rechtliche Befugnisverteilung unter den Gesellschaftern... <td>163</td>	163
(eee)	Lehren aus weiteren Vorschriften des Handelsrechts .....	167
(bb)	Zwischenfazit zur Leitentscheidung des BGH vom 2.6.1966 – Az.: VII ZR 292/64 – .....	168
(4)	Zwischenfazit zu der Frage der Kaufmannseigenschaft der Gesellschafter .....	168
(5)	Die analoge Anwendung des § 38 Abs. 1 ZPO auf Personengesellschafter.....	169
(a)	Die „Kategorienlösung“: Eine Differenzierung zwischen Status-, Verbraucherschutznormen und Vorschriften mit konkretem Handelsbezug .....	169
(b)	Die Notwendigkeit der planwidrigen Regelungslücke.....	170

(c)	Die gesetzgeberischen Absichten aus geltungszeitlicher Perspektive.....	172
(d)	Das Prinzip der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit .....	173
(e)	Zwischenfazit zur Frage der analogen Anwendbarkeit des § 38 Abs. 1 ZPO auf Personengesellschafter.....	176
(6)	Folgerungen für die subjektive Bindungswirkung der Gerichtsstandsvereinbarung.....	177
(7)	Die Bindungsfreiheit der Gesellschafter als innerer Widerspruch zur automatischen Bindung an das formlose Bürgschaftsversprechen der Gesellschaft? .....	179
(8)	Fazit zu den Folgerungen im Rahmen der Abwägungslösung .....	180
bb)	Die Schiedsgerichtsbarkeit – Ein alternativer Streitbeilegungsmechanismus mit Vor- und Nachteilen .....	180
(1)	Die Vorzüge eines Schiedsverfahrens .....	181
(a)	Die freie Gestaltung des Schiedsverfahrens .....	181
(b)	Die Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens .....	183
(c)	Die Aspekte der Verfahrensdauer und -kosten.....	185
(d)	Zwischenfazit zu den Vorzügen des Schiedsverfahrens .....	187
(2)	Die Nachteile des Schiedsverfahrens .....	187
(a)	Eingeschränkte Rechtsbehelfsoptionen .....	188
(b)	Billigkeitsentscheidungen des Schiedsgerichts .....	189
(3)	Fazit zu den Folgerungen im Rahmen der Abwägungslösung .....	190
cc)	Die Formvorgaben des § 1031 ZPO als weitere Erkenntnisquelle .....	191
(1)	Die Zwecke der geltenden Formgebote.....	192
(2)	Die Verbrauchereigenschaft der Personengesellschafter .....	193
(3)	Die Verbrauchereigenschaft des GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführers .....	196
(4)	Fazit zu den Folgerungen im Rahmen der Abwägungslösung .....	198
c)	Fazit zur Bindungsfrage auf dem Abwägungswege.....	199
V.	Die rechtsgeschäftliche Auslegungslösung – Ein tauglicher Begründungsansatz zur Bindung der Gesellschafter? .....	200
1.	Der Grundgedanke der Doppelverpflichtungslehre.....	202
2.	Folgerungen für die subjektive Reichweite prozessualer Rechtsgeschäfte...	204

3.	Die Einhaltung der Voraussetzungen des Stellvertretungsrechts als Bedingung.....	204
a)	Das Handeln im fremden Namen .....	205
aa)	Das konkludente Vertreterhandeln .....	205
(1)	Die Auslegung unter dem Korrektiv der Verkehrssitte und dem Gebot der Billigkeit .....	205
(2)	Die Einbeziehung des persönlich haftenden Gesellschafters .....	206
(3)	Die Einbeziehung des Kommanditisten .....	208
bb)	Zwischenfazit zum konkludenten Vertreterhandeln.....	210
b)	Die Vertretungsmacht.....	210
aa)	Die tatsächlich erteilte Vollmacht.....	210
bb)	Die Rechtsscheinvollmacht.....	212
(1)	Die Duldungsvollmacht .....	213
(2)	Die Anscheinsvollmacht.....	214
c)	Das Zusammenspiel von Auslegung und Formzwang .....	214
4.	Fazit zur Tauglichkeit der Auslegungslösung .....	218
E.	Der Grundsatz der Bindungsfreiheit – Ein Vergleich mit der Rechtslage bei den §§ 29 Abs. 1, 32 ZPO, § 2 Abs. 1 Nr. 3a ArbGG, §§ 25 ff. HGB und § 179 BGB .....	221
I.	Die Regelungslage bei § 29 Abs. 1 ZPO .....	221
1.	Die Anwendbarkeit des § 29 Abs. 1 ZPO im Rahmen der Gesellschafterhaftung .....	221
a)	Der Vertragsbegriff im Lichte der Haftungsdogmatik der §§ 126 Satz 1, 171 Abs. 1 HGB .....	221
b)	Der Vertragsbegriff nach der Brüssel Ia-VO – Ein Überblick über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.....	223
aa)	Martin Peters Bauunternehmung GmbH /.. Zuid Nederlandse Aannemers Vereniging, C-34/82.....	224
bb)	Jakob Handte & Co. GmbH Maschinenfabrik /.. Traitements mécano-chimiques des surfaces SA (TMCS), C-26/91 .....	224
cc)	Saale Kareda /.. Stefan Benkö, C-249/16 .....	225
dd)	flightright GmbH /.. Air Nostrum, Líneas Aéreas del Mediterráneo SA; Barkan /.. Air Nostrum Líneas Aéreas del Mediterráneo SA; Becker /.. Hainan Airlines Rs. C-274/16, C-447/16, C-448/16 .....	226

ee)	Králová ./. Primera Air Scandinavia A/S Rs. C-215/18 .....	227
c)	Zwischenfazit zur Anwendbarkeit des § 29 Abs. 1 ZPO im Rahmen der Gesellschafterhaftung .....	228
2.	Die Identität der Erfüllungsorte von Gesellschafts- und Gesellschaftsschuld.....	229
a)	Die Bestimmung des Erfüllungsortbegriffs.....	229
b)	Der Erfüllungsort der Gesellschaftsschuld als bloße Modalität der Gesellschaftsschuld .....	232
aa)	Die Kopplung an das materielle Recht als Quelle der Erkenntnis.....	233
bb)	Die Vereinbarkeit der automatischen Bindung an den Erfüllungsort der Gesellschaftsschuld mit der fehlenden Kaufmannseigenschaft der Gesellschafter .....	235
cc)	Die auf das Wertinteresse begrenzte Gesellschafterhaftung als Sonderfall?.....	236
dd)	Der Seitenblick zur Regelungslage bei der Bürgenschuld – Ein innerer Widerspruch? .....	237
c)	Fazit zur Regelungslage bei § 29 Abs. 1 ZPO .....	238
II.	Die subjektive Bindungswirkung im Rahmen von § 32 ZPO und § 2Abs. 1 Nr.3a ArbGG .....	238
1.	Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung .....	239
2.	Der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten .....	240
III.	Die Bindung der Firmenfortführenden gemäß §§ 25 ff. HGB .....	242
1.	Die Bindung des Erwerbers gemäß § 25 HGB.....	243
a)	Die Rechtsnatur des § 25 HGB .....	243
b)	Folgerung für die subjektive Reichweite prozessualer Rechtsgeschäfte ...	246
2.	Die Bindung des firmenfortführenden Erben gemäß § 27 HGB.....	248
3.	Die Bindung des Eintretenden im Sinne des § 28 HGB.....	249
IV.	Die Bindung des Vertreters ohne Vertretungsmacht.....	250
V.	Fazit zur Widerspruchsfreiheit der herausgearbeiteten Gesamtlösung .....	252
F.	Schlussbetrachtung .....	253
	Literaturverzeichnis .....	265